

Rede  
Kiel, 16.11.2017

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Wir brauchen besonders im Ingenieurbereich weitere Ausbildungsstandorte**

*Jette Waldinger-Thiering zu TOP 20 - Aufbau eines Studientags im Bereich  
Bauingenieurwesen*

Der Wahlkampf zur Landtagswahl ist jetzt ziemlich genau ein halbes Jahr her. Und Ihnen, sehr geehrte Abgeordnete, wird es im Straßenwahlkampf ähnlich gegangen sein wie mir.

Die Bürgerinnen und Bürger ärgern sich über marode Straßen, kaputte Brücken und gefühlt ewig dauernde Umbaumaßnahmen. Und sie ärgern sich zurecht.

Ich musste ihnen immer wieder sagen: Bei den Infrastrukturprojekten hapert es oft nicht am Geld, das hatten wir bereitgestellt. Sondern es haperte an dem Mangel an Menschen, die diese Projekte für uns planen und bauen. Es fehlt schlicht der Nachwuchs in diesem Arbeitsfeld.

Wir haben zu wenige Bauingenieurinnen und Bauingenieure, dieser Bedarf ist klar erkennbar. Wir haben dieses Problem schon in der Küstenkoalition behandelt und deswegen im Haushalt für 2017 Geld für dreißig neue Stellen

im Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr vorgesehen. Nun wissen wir aber, dass von diesen neuen dreißig Stellen bis jetzt erst einundzwanzig Stellen besetzt sind. Der Mangel ist nicht alleine auf zu wenig Ausgebildete zurückzuführen.

Wir wissen, dass die freie Wirtschaft vor allem für junge Leute, die frisch in den Beruf einsteigen, erst einmal verlockender ist. Die Einstiegsgehälter sind in der Wirtschaft nun mal oft höher als in der Landesverwaltung. Dabei ist gerade die öffentliche Hand als Arbeitgeberin durch eine verlässliche Bezahlung, sichere und planbare Arbeitsverhältnisse und die Möglichkeit zur Verbeamtung eigentlich besonders attraktiv. Wir müssen diese Vorteile noch stärker herausstellen. Nun geht es aber an erster Stelle um den Aufbau eines Studiengangs im Bereich Bauingenieurwesen.

Als Lokalpolitikerin für Eckernförde kann ich mir an dieser Stelle nicht verkneifen darauf hinzuweisen, dass die Bauschule Eckernförde erst vor zehn Jahren geschlossen worden ist.

Sie war eine Ausbildungsstätte für Bautechnikerinnen und Architekten, an der beide Fachbereiche mit einem Zugang zur Wirtschaft gut ausgebildet worden sind.

Bis zu Ihrer Schließung gehörte die Schule zur Fachhochschule Kiel im Fachbereich Bauwesen. Zum Wintersemester 2007/2008 wurde der Standort Eckernförde aufgegeben und der Fachbereich nach Lübeck ausgegliedert.

In den letzten Jahren wurde immer sichtbarer, dass die Schließung der Bauschule ein Fehler war.

Sie war außerdem eine Entscheidung gegen den nördlichen Landesteil.

Trotzdem oder gerade deswegen spreche ich mich nun dafür aus, den Aufbau eines Studiengangs im Bereich Bauingenieurwesen an der Fachhochschule Kiel anzugliedern und Kooperationsmöglichkeiten mit der Fachhochschule Lübeck zu prüfen, die zur Zeit die einzige Möglichkeit in Schleswig-Holstein ist, Bauingenieurwesen zu studieren.

Wir brauchen besonders im Ingenieurbereich weitere Ausbildungsstandorte. Dabei muss völlig klar sein, dass ein Aufbau eines neuen Studiengangs nur im Dialog mit den Fachhochschulen geschieht und die Synergieeffekte zwischen den Fachhochschulen genau beleuchtet werden

müssen.

Auch das Vorhaben einer Verzahnung des Studiengangs mit öffentlichen und privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern erscheint uns gerade im Bereich Bauingenieurwesen sinnvoll.

Wie Sie gesehen haben, habe ich aber einen Änderungsantrag formuliert. Ein neuer Bachelorstudiengang reicht nicht. Die Studierenden müssen die Möglichkeit haben, an den Bachelorabschluss ein Masterstudium anzuhängen. Und dieses bestenfalls bei uns in Schleswig-Holstein.

Sonst stehen wir vor dem Problem, dass unsere jungen Leute für ihre weiterführende Ausbildung in andere Bundesländer ziehen und sich auch dort auf die Jobsuche begeben.

Die Hoffnung, die sich mit einem neuen Studiengang in Kiel verknüpft, ist natürlich auch, dass wir am Ende mehr Planerinnen und Planer für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr gewinnen können. Deswegen bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag.